

Der Grosse Rat hat sich gestern mit dem Schicksal der Verdingkinder und anderer Opfer staatlicher Zwangsmassnahmen beschäftigt. Eine Entschuldigung des Kantons gibt es für die Betroffenen allerdings keine.

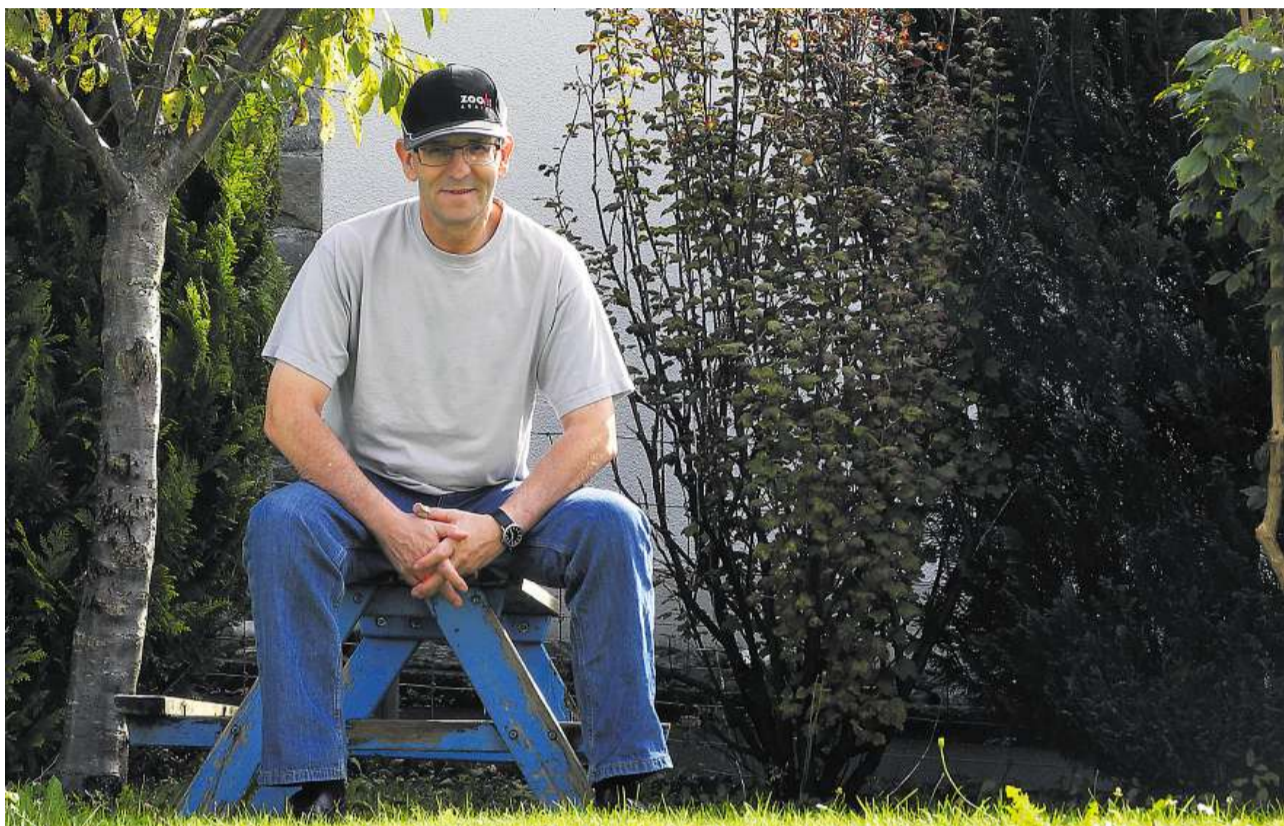
«Was ich suche, ist Verständnis»

Walter Emmisberger war ein Verdingkind und verbrachte seine Jugend in Heimen und bei Pflegeeltern. Trotz der schrecklichen Erfahrungen, die der heutige Präsident des Vereins Fremdplatziert machte, fand er seinen Weg.

Von Gion-Mattias Durband

Fehrlortf. – «Ich sitze im Treppenhäus auf dem Boden, halte die Arme vor mein Gesicht und zwei Gestalten in weissen Kitteln beugen sich über mich.» Dieses Bild hat sich in Walter Emmisbergers Gedächtnis eingebrannt. Es ist das Erste, woran sich der 57-Jährige noch erinnern kann. Und es ist die einzige Erinnerung aus der Zeit im St. Galler Kinderheim Birnbäumen, wo er die ersten sechs Jahre seines Lebens verbrachte. 1956 in einem Gefängnis geboren, wurde Emmisberger seiner vermutlich administrativ versorgten Mutter entrissen. Die genauen Umstände kennt er nicht. Die Akten, die hier Klarheit bringen könnten, gibt es nicht mehr.

Nach einem halbjährigen Aufenthalt bei seiner Halbschwester kommt der Siebenjährige zu einer Pflegefamilie. Auch aus dieser Zeit fehlen die Erinnerungen. Aus den Akten weiss Emmisberger, dass er dort schwer misshandelt und oft im dunklen Keller eingesperrt worden ist. Eine aufmerksame Lehrerin erstattet Anzeige. Der Bub wird zu neuen Pflegeeltern im Thurgau gebracht. Doch auch bei den aus Graubünden stammenden Pfarrleuten ergeht es ihm nicht besser. Er muss hart arbeiten, wird verprügelt, in der Besenkammer oder im feuchten Keller eingesperrt – «wegen Kleinigkeiten, wegen nichts. Die hat-



Seiner Jugend beraubt: Allem Leid zum Trotz – Rachegefühle kennt Walter Emmisberger nicht.

Bild Gion-Mattias Durband

ten Freude daran, Kinder zu quälen.» Emmisberger berichtet auch von sexueller Belästigung durch den Pflegevater.

Medikamentenversuche

Im Alter von elf Jahren bringen seine Pflegeeltern Emmisberger das erste Mal in die Psychiatrie Münsterlingen. In der Folge muss er Tabletten einnehmen, darunter Tofranil und ein Präparat mit dem Namen G 35 259 – ein Mittel, das nie eine Marktzulassung erhält. So steht es in den Akten, die Emmisberger erst Jahrzehnte später

einsehen wird. Die Schulleistungen lassen nach, Emmisberger berichtet von Apathiezuständen.

Drei Jahre dauern die Medikamentenversuche an. Später wird Emmisberger für drei weitere Jahre auf einen Bauernhof im Zürcher Unterland gebracht. Es folgt eine Konditor-Lehre, die Emmisberger, der eigentlich Radio- und Fernsehetelektriker werden wollte, nach einem Jahr abbricht. Erst jetzt kann Emmisberger selbst über sein Leben bestimmen. Auf seinem Töffli macht er sich auf die Suche nach der Mutter, findet diese in St. Gallen.

Über seine Geschichte erfährt er da aber nichts. «Ich habe auch nicht gefragt. Ich wollte einfach Kontakt haben.» Für kurze Zeit hat er seine Mutter zurück, sie unternehmen viel gemeinsam, bis sie ein halbes Jahr später stirbt. Emmisberger lebt abermals für kurze Zeit bei seiner Halbschwester und zieht später nach Zürich, wo er später in das Transportwesen einsteigt und sich selbstständig macht.

«Erzählt eure Geschichte!»

Heute ist Walter Emmisberger Präsident des Vereins Fremdplatziert, das

Thema nimmt einen Grossteil seiner Zeit in Anspruch. Er trifft sich mit Betroffenen, man spricht über das Erlebte. Lange Zeit aber habe er sich nicht mit seiner Vergangenheit beschäftigt, sagt der Vater zweier Töchter. «Nach der abgebrochenen Lehre wollte ich einfach mal leben!» Erst mit gut 40 Jahren, nachdem schwere psychische Krisen ihn wiederholt aus der Bahn gestossen hatten und er letztlich auch sein Geschäft aufgeben musste, sei er auf Drängen von Ärzten und Freunden auf seine Jugend zurückgekommen. Seine Akten hat er erst vor gut drei Jahren eingesehen. «Unverständnis und Trauer», beschreibt er seine Reaktion. Aber er ist froh, dass er es gemacht hat. «Geht an die Öffentlichkeit und erzählt eure Geschichte!», fordert Emmisberger die Betroffenen auf. Dieses Jahr ist er für sein Engagement mit dem Prix Courage ausgezeichnet worden.

Kann man mit einer solchen Vergangenheit abschliessen? «Ich möchte gern den Frieden schliessen, aber es geht nicht. Das ist etwas, das nimmt man mit ins Grab.» Rachegefühle kennt er aber nicht. «Was ich suche, ist Verständnis und Akzeptanz.»

Offizielle Anlaufstelle für Betroffene von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen ist das kantonale Sozialamt. Die Opfer-Beratungsstelle ist unter 081 257 31 50 oder unter der E-Mail-Adresse opferhilfe@soa.gr.ch zu erreichen. Das Staatsarchiv Graubünden (081 257 28 03 oder info@sag.gr.ch) hilft Direktbetroffenen bei der Aktensuche und -einsicht. Infos für Betroffene sind zudem auf der Website www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch zu finden.

Informationen zum Thema sowie Erlebnisberichte von Betroffenen finden Sie unter anderem im Internet auf www.verdingkinder.ch, www.fremdplatziert.ch und www.netzwerkverdingt.ch.

«Die Situation der Eltern stand im Zentrum»

Hunderttausende wurden in der Schweiz Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen. Die Historikerin Loretta Seglias erklärt, wie es dazu kam und wie es um die Aufarbeitung steht.

Mit Loretta Seglias* sprach Gion-Mattias Durband

Frau Seglias, ist es beim Thema der Verdingkinder und der fürsorglichen Zwangsmassnahmen überhaupt möglich, eine wissenschaftliche Distanz zu wahren?

Loretta Seglias: Sie stellen die Frage nach der Objektivität. Ich bin mir jedoch nicht sicher, ob es diese überhaupt gibt. Man kann aus wissenschaftlicher Sicht Methoden sichtbar und nachvollziehbar machen. Persönlich berührt mich das Thema, gerade auch, weil ich einige Zeitzeugen seit vielen Jahren kenne, die nicht selten wirklich schwierige Erlebnisse hatten.

Was verbirgt sich hinter dem Begriff der fürsorglichen Zwangsmassnahmen?

Darunter fallen verschiedene Massnahmen. Sie beinhalten die sogenannte administrative Versorgung. Dabei konnten – bis in die Achtzigerjahre hinein – Leute ohne Gerichtsurteil in Arbeitserziehungsanstalten oder schlimmstenfalls ins Gefängnis eingewiesen werden. Weiter fallen auch Zwangsadoptionen, -abtreibungen und -sterilisationen darunter. Und schliesslich die Kindeswegnahme und die Einweisung in geschlossene Institutionen oder die Platzierung bei Pflege-



Aufarbeiten: Loretta Seglias forscht zur Geschichte von fürsorglichen Zwangsmassnahmen. Bild Sabine Rock

familien; dies geschah zum Teil mit einem Beschluss der Behörden, zum Teil auf Druck derselben oder aus einer finanziellen oder sozialen Notlage durch die Eltern selbst. Diese Entscheide fielen oftmals die Gemeindebehörden.

Wie kam eine Gemeindeverwaltung zu einer solchen Entscheidung?

Meist stand die Situation der Eltern im Zentrum, etwa dass sie – so die vorherrschende Meinung – aufgrund ihrer Armut nicht imstande seien, für das Wohl ihrer Kinder zu sorgen. War eine Familie «armengössig», also unterstützungsbedürftig, wurde die Weggabe des Kindes lange Zeit auch als Entlastung der Familie betrachtet:

«einer weniger am Tisch». Die Kinder arbeiteten dann für ihren eigenen Unterhalt. Man sprach dabei etwa von «Kostkindern» oder «Verdingkindern». Ein Grund konnte auch sein, dass das Verhalten der Eltern nicht den gesellschaftlichen Normen entsprach. Etwa wenn ein Kind unehelich zur Welt kam oder die Eltern einen «liederlichen» Lebenswandel führten.

In welchem Umfang haben Fremdplatzierungen von Kindern stattgefunden?

Man kann das nur ganz grob schätzen. Einerseits, weil sehr viele gar nicht in der Statistik auftauchen. Andererseits, weil teilweise unterschiedlich gezählt worden ist. Aber es gibt einzelne Fixpunkte. So gibt es etwa für die Dreissigerjahre Zahlen, welche 30 000 bis 40 000 Betroffene ausweisen – in einem Jahr. Wenn man dies hochrechnet auf das 20. Jahrhundert, muss man davon ausgehen, dass es Hunderttausende waren, welche zumindest für eine gewisse Zeit nicht bei den eigenen Eltern aufgewachsen sind.

«Einer weniger am Tisch»

Wie ist es zum späten Umdenken in der Schweiz gekommen?

Zentral ist sicherlich, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Zeit des Mangels und der teils grossen finanziellen Not der Gesellschaft und damit auch der Gemeinden allmählich überwun-

den wurde. Dies schaffte den Raum, in dem kritische Stimmen besser vernommen wurden. Die Gesellschaft öffnete und veränderte sich, was seinen Ausdruck etwa in der 68er-Bewegung fand. Da kam auch die Frage auf, wie wir mit unseren Kindern umgehen. Zudem kam das Frauenstimmrecht, das Konkubinatsverbot fiel. Hinzu kam auch der Druck von aussen. Die administrative Versorgung etwa musste im Zuge der Ratifizierung der Menschenrechtskonvention abgeschafft werden.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung ist im Gange. Wie steht es um die moralische Aufarbeitung dieses Kapitels?

Im Frühling dieses Jahres hat sich Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga für das erlittene Unrecht von Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierung entschuldigt. Daneben ist ein runder Tisch eingerichtet worden, der die Forderungen von Betroffenenorganisationen aufnehmen soll. Die Kantone sind über die Sozialdirektorenkonferenz am runden Tisch vertreten. Weitere Anerkennungen erlittenen Unrechts auf kantonaler Ebene – wie in einigen Kantonen geschehen – wären vor allem in der föderalistischen Schweiz ein Signal, dass die Verantwortung auch in den Kantonen übernommen wird.

*Die Historikerin Loretta Seglias hat in mehreren Forschungsprojekten zu fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierung mitgearbeitet und mehrere Publikationen zum Thema veröffentlicht.

Von Entschuldigung ist nicht die Rede

Eine Entschuldigung der Bündner Regierung bei einstigen Verdingkindern ist nicht zu erwarten. Dies ist das Fazit der Debatte im Grossen Rat.

Von Ueli Handschin

Chur. – Das Schicksal von Verdingkindern und anderen Opfern staatlicher Zwangsmassnahmen beschäftigte gestern den Grossen Rat. Das Parlament behandelte eine Anfrage von SP-Grossrat Mathis Trepp, der unter anderem wissen wollte, ob die Bündner Regierung den Opfern ihr Bedauern ausdrücken oder sich bei ihnen entschuldigen wolle. Eine Antwort auf diese Frage gab es weder in der schriftlichen Antwort der Regierung noch äusserte sich Regierungspräsident Hansjörg Trachsel gestern konkret dazu.

Trachsel verweist auf die Gemeinden

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat sich im Namen der Landesregierung entschuldigt, ein Vertreter der kantonalen Sozialdirektoren im Namen der Kantone. Nochmals selbst um Entschuldigung gebeten haben Bern, Fribourg, Luzern und Zürich. Trachsel wies darauf hin, die Hauptverantwortung für die Gräueltaten, die den Jenischen und anderen Randgruppen von Staates wegen widerfuhr, liege bei den Gemeinden und nicht beim Kanton. 43 Prozent der Verdingkinder aus jenischen Familien stammten aus Graubünden.